

AußenwirtschaftsNews – USA

07/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf ausgewählten Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im ersten Quartal 2026 gewachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum ist auf Steigerungen von Investitionen, Exporten, Staatsausgaben und Konsum zurückzuführen. Die Importe haben im ersten Quartal zugenommen, was das Wachstum leicht dämpft.
- Im Mai entstanden in den Vereinigten Staaten 172.000 neue Arbeitsplätze. Grund sind Zuwächse im Gastgewerbe, im Gesundheitsbereich sowie im öffentlichen Dienst. Die Arbeitslosenquote betrug 4,3 Prozent und bleibt damit stabil.
- Der Erzeugerpreisindex stieg im Mai saisonbereinigt um 1,1 Prozent gegenüber dem Vormonat. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Energiekosten zurückzuführen. In den letzten 12 Monaten ist der Index 6,5 Prozent gestiegen.
- Die Inflationsrate stieg im Mai auf 4,2 Prozent; im April hatte sie bei 3,8 Prozent gelegen. Der Anstieg ist erneut vor allem auf steigende Energiepreise zurückzuführen.
- Die Verbraucherstimmung hat sich im Juni im Vergleich zum Vormonat leicht verbessert, ist aber nach wie vor schlechter als vor dem Beginn des Irakkriegs. Hohe Lebenshaltungskosten bereiten den Amerikaner*innen weiter Sorgen. Mehr als die Hälfte der Befragten berichtet, wegen hoher Kosten auf Ersparnisse zurückzugreifen. Die Inflationserwartung für 2026 ist im Juni leicht gesunken, beträgt aber immer noch 4,6 Prozent. Die langfristigen wirtschaftlichen Erwartungen der Verbraucher haben sich ebenfalls verbessert.
- Die US-Notenbank lässt unter dem neuen Chef Kevin Warsh den Leitzins unverändert bei der Spanne von 3,50 bis 3,75 Prozent. Weil infolge des Irakkriegs die Inflation in den USA gestiegen ist, galt eine Zinssenkung als unwahrscheinlich. Warsh war von US-Präsident Trump mit der Erwartung ins Amt berufen worden, dass er den Leitzins senkt und Kredite verbilligt. Trump hatte Warshs Vorgänger Powell immer wieder vergeblich zu kräftigen Zinssenkungen gedrängt. Powell hatte auf der Unabhängigkeit der US-Notenbank beharrt.

2 Handels- und Zollpolitik

- Maßnahmenpaket zur Stärkung des Zollvollzugs: US-Präsident Trump hat durch eine [Executive Order](#) angeordnet, den Zollvollzug zu stärken und Zollvermeidung zu unterbinden. Für bayerische Unternehmen sind vor allem umfangreichere Offenlegungspflichten relevant und neue Regelungen, die stärker zwischen US-amerikanischen und ausländischen „Importers of Record“ (IOR) unterscheiden. Des Weiteren sieht die Executive Order mehr Kontrollen und ein höheres Strafmaß bei Rechtsverstößen vor. Das US-Heimatschutzministerium DHS und die Zoll- und Grenzschutzbehörde CBP werden die in der Executive Order angekündigten Maßnahmen in den nächsten Wochen weiter ausarbeiten.
- Untersuchungen wegen unfairer Handelspraktiken: Seit Juni untersucht der US-Handelsbeauftragte, ob die deutsche Regulierung von Arzneimittelpreisen US-amerikanische Unternehmen systematisch benachteiligt. Die USA stellen die These auf, dass das deutsche System zur Folge hat, dass US-Pharmakonzerne in Deutschland nur geringe Umsätze erzielen können. Folglich müssten US-Unternehmen ihre Preise für den US-Markt besonders hoch ansetzen. Das sei ungerecht. Unternehmen können vom 25. Juni bis zum 10. August 2026 [online](#) schriftliche Stellungnahmen zur Untersuchung abgeben. Die US-Regierung kann die Untersuchungsergebnisse nutzen, um neue Zölle zu rechtfertigen.
- Erstattung der IEEPA-Zölle: Im April hat das Court of International Trade die Trump-Regierung angewiesen, die unrechtmäßig erhobenen IEEPA-Zölle zurückzuerstatten. Die Trump-Regierung befolgt diese Anweisung aktuell, nichtsdestotrotz hat sie Anfang Juni gegen die richterliche Anweisung [Einspruch eingelegt](#). Die US-Regierung argumentiert, dass das Court of International Trade die Rückerstattung nicht in allen Fällen anordnen dürfe; vielmehr müssten Fälle einzeln entschieden werden. Der Rechtsstreit dauert an. Importeure können in der Zwischenzeit weiterhin die Rückerstattung von IEEPA-Zöllen beantragen.
- Gerichtsverfahren gegen die Section-122-Zölle: Seit Februar 2026 wird ein Großteil der Importe in die USA mit einem Importzuschlag von zehn Prozent belastet. Gegen diese sog. Section-122-Zölle klagen Importeure. Anfang Mai hat das Court of International Trade (CIT) [entschieden](#), dass US-Präsident Trump seine Kompetenzen überschritten hat, als er im Februar den Importzuschlag eingeführt hat. Nun hat ein Berufungsgericht ein [gegenteiliges Urteil](#) gefällt. Es ist davon auszugehen, dass sich die Streitparteien weiter durch die Instanzen klagen. Der Zoll wird indes weiter erhoben.
- Modernisierung des USMCA: Die USA, Mexiko und Kanada überarbeiten das Freihandelsabkommen USMCA. Es sieht vor, dass die Handelspartner alle sechs Jahre entscheiden, ob sie das Abkommen unverändert fortführen, überarbeiten oder kündigen. Sowohl eine unveränderte Fortschreibung als auch die Kündigung des Abkommens gelten als unwahrscheinlich. Mexiko und die USA haben in den letzten Monaten bereits Gespräche zur Zukunft des Abkommens geführt. Kanada war an den Gesprächen kaum beteiligt. Die wichtigsten Streitpunkte sind Zollerleichterungen, Regelungen zur Warenherkunft und Arbeitsstandards. Die USA wollen in der Überarbeitung erreichen, dass

weniger Waren aus Asien über Mexiko und Kanada zu günstigen Bedingungen in die USA gelangen und dass die Verlagerung von Arbeitsplätzen zurück in die USA attraktiver wird.

3 Allgemeine Politik

- Die USA und der Iran haben ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, das zum Frieden zwischen den Staaten beitragen soll. Im Dokument vereinbaren die Staaten, alle Kampfhandlungen einzustellen und die Straße von Hormus für 60 Tage wieder zu öffnen. Darüber hinaus wird skizziert, in welchen Punkten die Staaten bis Mitte August verhandeln wollen. Dazu gehören ein Wiederaufbauprogramm für den Iran, der Abbau der US-Sanktionen gegenüber dem Iran und der Umgang mit dem iranischen Atomprogramm. Die USA haben den [Text](#) an die Presse weitergegeben. Eine offizielle Veröffentlichung gib es bislang nicht.
- Die restriktive Visa-Politik der US-Regierung seit Beginn letzten Jahres hat zu einem starken Rückgang internationaler Studierender an US-Hochschulen geführt. Zwischen Januar und September 2025 wurden 30 Prozent weniger Studentenvisa ausgestellt als in den Jahren zuvor. Gleichzeitig ist es für ausländische Absolvent*innen schwieriger geworden, im Anschluss an ihr Studium in den Vereinigten Staaten zu arbeiten. Setzt sich diese Entwicklung fort, dürfte sie negative Folgen für die US-Wirtschaft haben: Internationale Studierende sind eine zentrale Quelle für Fachkräfte, insbesondere in den MINT-Fächern, und tragen seit Jahren wesentlich zu Innovation sowie zum Wirtschaftswachstum der USA bei.

Ansprechpartner

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.